

**Tagesordnung 1 Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 07.12.2004**

Vorlage Nr. 04-F-03-0105

**Lokale Nahverkehrsgemeinschaft für die Region  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2004 -**

Der hessische Verkehrsminister Dr. Alois Rhiel hat am 5. November 2004 den Entwurf eines neuen hessischen ÖPNV-Gesetzes der Öffentlichkeit vorgestellt und an die Fachverbände und Kommunen zur Stellungnahme weitergeleitet.

Im Rahmen dieser Gesetzesänderung schwebt der Landesregierung eine Sollvorschrift vor, dass benachbarte Gebietskörperschaften zur Einsparung von Verwaltungskosten in verstärktem Maße gemeinsame Lokale Nahverkehrsgesellschaften gründen sollen.

Diese Regelung könnte, eine sinnvolle und flexible Ausgestaltung vorausgesetzt, neben der Kostenersparnis u.a. dazu beitragen, verstärkt regional vernetzte Verkehrsangebote zu entwickeln und damit im öffentlichen Verkehr effektiver auf die Bedürfnisse der Berufspendler der Region Rhein-Main zu reagieren.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten:

1. Wie bewertet der Magistrat diese "Sollvorschrift" aus dem aktuellen Gesetzentwurf?  
Welche Chancen und Risiken könnte die Gründung einer Lokalen Nahverkehrsgemeinschaft mit dem Rheingau-Taunus-Kreis mit sich bringen?
2. Wie lautet die Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zum aktuellen Entwurf für das hessische ÖPNV-Gesetz?
3. Hat der Magistrat beispielsweise mit den Nachbarkreisen "Rheingau-Taunus" oder „Main-Taunus“ bereits Gespräche im Hinblick auf eine gemeinsame LNG beider Gebietskörperschaften geführt?
4. Sofern insbesondere eine gemeinsame LNG zwischen Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis nach einer ersten Prüfung sinnvoll erscheint, wird der Magistrat gebeten, diesen Sachverhalt im Rahmen einer der nächsten Sitzungen des gemeinsamen Ältesten-Ausschusses der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis als Tagesordnungspunkt vorzuschlagen.

---

**Beschluss Nr. 0250**

1. Der Antrag ist eingebracht.
2. Der Magistrat wird gebeten, zu den Ziffern 1 bis 3 zu berichten.
3. Die Entscheidung zur Ziffer 4 wird bis zur Vorlage des mit Ziffer 2 angeforderten Berichtes zurückgestellt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2004

Kessler  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2004

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .12.2004

Dezernat IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl  
Oberbürgermeister